

Kreistagssitzung 24.März 2011

**GRÜNE FRAKTION IM KREISTAG
Fraktionsbüro**

Kölner Str.296
51645 Gummersbach
TEL (0 22 61) 2 45 40
FAX (0 22 61) 2 86 95
www.gruene-oberberg.de

Bus: Linie 301 (Niederseßmar Post)
Linien 302/310 (Ahlefelder Straße)
Arzu Durmus, Mitarbeiterin
kreistagsfraktion@gruene-oberberg.de

**Stellungnahme der Kreistagsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberberg zum Haushaltsplan**

Helmut Schäfer
Fraktionssprecher
TEL 02263/1599
helmut.schaefer@gruene-oberberg.de

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

die diesjährigen Haushaltsberatungen erhielten eine Begleitmusik, die der Kreistagsmehrheit und der Verwaltungsspitze überhaupt nicht schmeckte. Die schroffe Kritik der Bürgermeister an dem vom Landrat vorgelegten Planentwurf, wurde zunächst entrüstet zurückgewiesen. Da wurde seitens der Mehrheitsfraktionen von Vorwürfen aus „Absurdistan“ schwadroniert und von „Erpresserpotenzial“, das seitens der Bürgermeister aufgebaut werde. Man dürfe sich keinesfalls zum „Hanswurst“ machen lassen und sich in seine Kompetenzen reinreden lassen, so der CDU-Sprecher im Kreisausschuss.

Mit Recht kritisieren die Bürgermeister der Oberbergischen Kommunen, dass der Kreis seit Jahren jeglichen Sparwillen vermissen lässt. Im letzten Jahr hatte die Kreistagsmehrheit noch unsere gemeinsam mit der SPD eingebrachte Forderung, dass der Kreis sich freiwillig in die Haushaltssicherung begeben soll, entschieden abgelehnt. Ebenso wurde es den Bürgermeistern verwehrt, ihre Kritik am Kreishaushalt im Finanzausschuss zu erläutern.

Dieses Jahr ist es Landrat und Kreistagsmehrheit angesichts des zunehmenden Drucks aus den Kommunen nicht mehr gelungen, diese Haltung aufrecht zu erhalten. Zwar wurde unser gemeinsamer Antrag, die Anhörung der Bürgermeister im Finanzausschuss zuzulassen, zunächst von Landrat Jobi und Herrn Biesenbach hintertrieben, doch der Schuss ging nach hinten los. Zusätzlich zur Anhörung im Finanzausschuss kam es sogar noch zu einer vorgeschalteten Arbeitsgruppe Finanzen unter Beteiligung der Bürgermeister, der Fraktionen und der Verwaltung. Im Arbeitskreis waren dann die Rollen erwartungsgemäß verteilt. Der Landrat ging vollständig auf Tauchstation und empfand die Kritik der Bürgermeister als

persönliche Beleidigung. An seiner Stelle sprangen dann die Herren Hagt und Biesenbach in die Bresche. Man greife ja alle Anregungen der Kommunen gerne auf und werde alles prüfen. Die Strategie war klar auf Vertagen ausgerichtet. Sogar eine Verschiebung der Haushaltverabschiedung brachte Herr Biesenbach ins Gespräch, um sich danach nie mehr an diese Anregung zu erinnern, auch als diese in einem weiteren Schreiben der Bürgermeister von diesen aufgegriffen wurde. Stattdessen versuchte Herr Biesenbach Nebelkerzen zu werfen. Die Kommunen sollten doch gemeinsam mit dem Kreis gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz klagen. Wir sind froh, dass die Bürgermeister Ihnen nicht auf den Leim gegangen sind und Ihre Absichten durchschaut haben. Diese Nebelkerze hat nicht gezündet.

Aus unserer Sicht ist die Kritik der Kommunen am Finanzgebaren des Kreises mehr als berechtigt. Wir greifen diese deshalb in dem gemeinsamen Antrag zur heutigen Sitzung gerne auf. Glaubt man der Kreisverwaltung, dann gibt es für Einsparungen kaum Handlungsspielraum. Das glaubt Ihnen niemand. Was von Ihren Sparanstrengungen zu halten ist, zeigt zum Beispiel der Ansatz für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Dieser soll auf satte 240.000 € erhöht werden. Eine Rechtfertigung hierfür findet sich an keiner Stelle im Haushaltsplanentwurf und wird auch bis heute nicht für notwendig erachtet, wie die klägliche Antwort auf unsere Anfrage zeigt. Aus unserer Sicht könnten hier problemlos 100.000 € pro Jahr eingespart werden. Für ein neues teures Kreislogo werden mal eben 87.000 € zum Fenster herausgeworfen; die Gemeinden zahlen ja die Zeche über die Kreisumlage. Die Politik wird zudem über diese Verschwendung öffentlicher Gelder nicht informiert. Dies sei Geschäft der laufenden Verwaltung. Da lassen wir uns von niemand reinreden, so Ihre Auffassung. Wir haben die Vermutung, dass noch an vielen anderen Stellen des Haushaltes unnötige Ausgaben vor der Politik verborgen werden.

Seit Jahren wird von uns, aber auch von Seiten der Bürgermeister, eine Modernisierung der Kreisverwaltung gefordert. Die jetzige Organisationsstruktur ist nicht mehr zeitgemäß. In den Kommunen ist in den letzten Jahren – auch vor dem Hintergrund der dramatischen Haushaltslage – viel passiert. Beim Kreis hingegen heißt es: Weiter so. Man gibt sich weiter beratungsresistent und hält an überholten Verwaltungsstrukturen fest.

Fast reflexhaft verweist der Landrat auf seine Organisationshoheit beim Aufbau der Kreisverwaltung. Dies würden wir akzeptieren, wenn der Landrat endlich seine Verantwortung wahrnehmen und den längst überfälligen Umbau der Kreisverwaltung einleiten würde. Durch ständiges Wegtauchen sind die Probleme nicht zu lösen. Aus unserer Sicht war es fahrlässig, dass der Kreistag in der Vergangenheit – ohne Grund – auf das Recht der Mitbestimmung bei der Besetzung von Leitungsfunktionen (einschließlich der Besetzung der Dezernentenstellen) verzichtet hat. Die fatalen Folgen sind allen bekannt.

Wer die Hoffnung hatte, dass durch die Einführung des NKF mehr Haushaltstransparenz geschaffen werde, ist bisher bitter enttäuscht worden. Die Fehler liegen jedoch nicht allein bei der Verwaltung, deren Interesse an mehr Transparenz erwartungsgemäß gering ist. Auch die Politik hat hier versagt. Bis heute gibt es kein klares Leitbild mit eindeutigen Zielen. Die Diskussion um klar definierte Ziele und Kennzahlen wurde von der Mehrheit immer als lästig und überflüssig empfunden. Zu den mit der Einbringung des Haushaltes vorgelegten Verwaltungsvorschlägen von strategischen Zielen gab es von Seiten der Mehrheitsfraktionen keinerlei Anregungen, obwohl diese Vorschläge sehr unausgegoren und lückenhaft waren. Diese Vorschläge enthalten weder Aussagen

zum Klimaschutz, zur Entwicklung der Landwirtschaft, zum Erhalt der Kulturlandschaft oder zur Stärkung des ÖPNV. All dieses stört die Kreistagsmehrheit nicht. Da verwundert es nicht, dass unsere Forderung, Mittel für die Verbesserung des ÖPNV bereitzustellen, entschieden abgelehnt wurde. Die aktuelle Diskussion um die Einführung des SchülerTickets im ländlichen Bereich zeigt, welcher Handlungsbedarf hier gegeben ist. Auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – auch ältere Menschen haben ein Recht auf Mobilität – ist Ihre ablehnende Haltung nicht nachvollziehbar.

Wie es auch anders gehen kann, das zeigt uns der Rheinisch-Bergische Kreis. Er nimmt hierbei gerne in Kauf, dass er auch Kritik von CDU- und FDP-Vertretern aus Oberberg einstecken muss. Der dortige konstruktive Dialog zwischen Kreis und Kommunen könnte für Oberberg durchaus nachahmenswert sein. In Oberberg hat man fast den Eindruck: Absoluten Sparwillen besitzen Kreisverwaltung und Kreistagsmehrheit nur, wenn es um Klima- und Umweltschutz geht. Für vergleichsweise lächerliche 1262 €, die als Mitgliedsbeitrag zum Klimabündnis anfallen, ist kein Geld da. Zur Erinnerung: Das neue Logo kostet ca. das 69-fache! Das ist bezeichnend dafür, wie hier die Prioritäten gesetzt werden. Im Rheinisch-Bergischen Kreis dagegen wird auf Initiative der dortigen Kreisverwaltung ein integriertes Klimaschutzkonzept erstellt. Der Beschluss erfolgte einstimmig und wurde von vielen anderen Akteuren – z.. der Handwerkskammer und den Umweltschutzverbänden – unterstützt. In Oberberg ist ein solches Vorgehen nicht vorstellbar. Wir haben im Rahmen der Haushaltsberatungen den Antrag eingebracht, es dem Rheinisch-Bergischen Kreis und vielen anderen Landkreisen in NRW nachzumachen. Doch was passiert? Lauter Bedenken wurden vorgetragen. Wir würden ja schon einiges machen und außerdem sei die Zeit für die Antragstellung sehr knapp. Besonders ärgerlich war, dass diejenigen, die mit ihrer Arroganz für das gestörte Verhältnis zu den Kommunen verantwortlich sind, diesen Umstand dann auch noch als Rechtfertigungsargument für ihre klimapolitische Verweigerungshaltung heranzogen. Eine klimapolitische Aktivität des Kreises sei gegenüber den verärgerten und misstrauischen Bürgermeistern kaum vermittelbar.

Aus unserer Sicht könnte gerade die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes, das die Beteiligung aller Akteure erfordert, dazu dienen, einen Neuanfang für ein sinnvolles Miteinander zwischen Kreis und Kommunen einzuleiten. Die Klimaschutzkonzepte der Kommunen müssen ohnehin untereinander koordiniert werden. Erfreulicherweise besitzen eine Reihe Kommunen (Morsbach, Waldbröl, Engelskirchen, Lindlar) hier mehr Verantwortungsbewusstsein und haben solche Konzepte erstellt oder Grundsatzbeschlüsse zur Aufstellung gefasst. Bei allen Tagungen in NRW zum Thema Klimaschutzkonzepte bestand Einigkeit, dass der Kreis die „ideale Ebene zur Koordination der Konzepte“ darstellt. Bei diesen Tagungen glänzte jedoch unsere Kreisverwaltung einmal mehr durch Abwesenheit. Zudem hat weder die Kreisverwaltungsspitze noch die Kreistagsmehrheit begriffen, dass die Umsetzung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes ein hervorragendes Instrument der Wirtschaftsförderung sein kann. Nicht zuletzt deshalb wird die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes in vielen anderen Landkreisen (Rheinisch-Bergischer Kreis, Kreis Steinfurt, Kreis Borken,...) vehement von den Handwerkskammern unterstützt. Bei diesen Kreisen (alle mit CDU-Mehrheiten!) hätte man sich Rat einholen können. Dann hätte endlich die gegen den Willen der Kommunen aufgeblähte Wirtschaftsförderungsabteilung der Kreisverwaltung ein sinnvolles Betätigungsfeld gefunden.

Einem Kreishaushaltsplanentwurf, der die Not der Kommunen nicht ernst nimmt und der keinerlei neue Akzente, insbesondere beim Klimaschutz, setzt, verweigern wir deshalb unsere Zustimmung.

Wir kündigen schon jetzt an, dass wir genau darauf achten werden, dass Zusagen, die gegenüber den Kommunen gemacht wurden (Verbesserung der Kommunikation, Abbau von Doppelstrukturen, Überprüfen der Standards, Durchführung einer Organisationsuntersuchung auf der Basis der Ergebnisse des Berichts der Gemeindeprüfungsanstalt,.....), auch eingehalten werden. So bescheiden die Fortschritte hinsichtlich des Dialogs zwischen Kommunen und Kreis auch waren, sie dürfen nicht wieder zunichte gemacht werden. Der Arbeitskreis Finanzen und die Anhörung der Bürgermeister im Finanzausschuss müssen ab sofort zum demokratischen Mindeststandard gehören.

Vielleicht ist man dann eines Tages auch bereit, die Bürgerinnen und Bürger stärker bei der Aufstellung des Haushaltes und der Prioritätensetzung zu beteiligen. Unser Antrag zur Aufstellung des Bürgerhaushaltes wurde zwar in 2005 mehrheitlich abgelehnt. Aber Sie wissen ja: Wir haben den langen Atem und nehmen dafür gerne in Kauf, dass sich eines Tages andere mit fremden Federn schmücken.

Helmut Schäfer, Fraktionssprecher

